

größten Teil Bauern aus der sibirischen Region, waren zum einen flexibel und anspruchslos genug, um Strategien zu entwickeln, die eine fehlende Infrastruktur auffangen konnten. Zum anderen konnte das Unternehmen auf diese Weise eine kostengünstige, extensive Förderung gewährleisten, die der stalinistischen Logik der Industrialisierung entsprach: Dem steilen Anstieg der Förderquote, der Etablierung des Kuzbass als dem „zweiten sowjetischen Donbass“ wurde alles weitere untergeordnet; an letzter Stelle stand dabei der Mensch.

Schwerindustrielles Unternehmen und Kommune – Ein Beitrag zu einem vernachlässigten Feld der Unternehmensgeschichte

von Marco Rudzinski, Bochum

Unternehmen und Kommunen verbindet ein ganz eigenes Verhältnis. Unternehmen können durch ihre Ansiedlung und Entwicklung das Bild und die Strukturen von Kommunen in entscheidender Weise prägen. Es sind die Kommunen, die als unmittelbare Anlieger die Folgen der Unternehmensentwicklung im positiven wie im negativen Sinne zu spüren bekommen. Sich daraus ergebende Veränderungen haben zumeist die Gemeinden zu bewältigen, die wiederum die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Unternehmen schaffen bzw. beeinflussen. Insbesondere gilt dies für Großunternehmen, die durch ihr Wachstum Kommunen zu überformen vermögen. Das ist vor allem in der Phase der Industrialisierung zu beobachten, als große Unternehmen verschiedener Industriezweige sich regelrecht der Kommunen bemächtigten, in denen sie produzierten.¹

Manche Unternehmen verwandten den Namen ihrer Sitzkommune gar als Unternehmensbezeichnung oder machten ihn zu dessen Bestandteil. Unternehmens- und Ortsnamen wurden miteinander identifiziert und teils synonym gebraucht. Wenn man von Hoechst oder Bayer Leverkusen spricht, denkt man zunächst an das entsprechende Unternehmen und weniger an die Kommune, deren Name hier Verwendung findet. Dieser Gedankengang ist eben wegen der Identifizierung von Unternehmen und Kommune keinesfalls abwegig. Zumeist handelt es sich in diesen Fällen nämlich um Großunternehmen, die ihre Sitzkommune und deren Entwicklung über lange Zeit dominiert haben. Im Ruhrgebiet existierten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts montanindustrielle Gesellschaften, die den Namen ihrer Sitzkommune, die gleichzeitig auch Produktionsstandort war, in der Unternehmensbezeichnung führten. Diese Namensgebung war nicht sonderlich einfallsreich, aber in jedem Fall auch aussagekräftig, wenn man den Werdegang der entsprechenden Unternehmen und Kommunen betrachtet. Es waren Unternehmen wie der Bochumer Verein und der Hörder Verein, die die gleichnamigen Städte stark anwachsen ließen und sie zu ausgewiesenen Standorten der Schwerindustrie machten. Die Beziehungen zwischen schwerindustriellen Unternehmen des Ruhrgebiets und

¹ Zur Rolle der Industrie bei der Veränderung von Gemeinden während der Industrialisierung Köllmann, Wolfgang: Der Prozeß der Verstädterung in Deutschland in der Hochindustrialisierungsphase, in: Braun, Rudolf u.a. (Hg.): Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek Geschichte, Bd. 56), S. 243-268, hier S. 243f. und 246f. Berghoff, Hartmut: Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung, Paderborn u.a. 2004, S. 235f.

den Gemeinden, die sie dominierten, bilden gerade deshalb einen interessanten Untersuchungsgegenstand, weil sie einen Einblick in die unternehmerische Standortpolitik und in die Bewältigung von Industrialisierungsfolgen geben. Hierin ist ein wichtiger von der unternehmensgeschichtlichen Forschung bislang unterschätzter Bereich der Außenbeziehungen von Unternehmen zu sehen. Dass die kommunale Ebene von Unternehmensgeschichte so stark vernachlässigt worden ist, ist umso schwerer nachzuvollziehen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich hierbei um das unmittelbare, den Standort beeinflussende Umfeld von Unternehmen handelt, die zwar für den internationalen Markt herstellten, jedoch am Ort ihre konkreten Produktionsbedingungen vorfanden. Deshalb sind Standortbedingungen und betriebene Standortpolitik ein Kapitel der Unternehmensgeschichte, das hinsichtlich des Unternehmenserfolgs keineswegs zu unterschätzen ist. Zu diesem Zweck sind Untersuchungen zur Rolle und zum Verhalten des dominanten, schwerindustriellen Unternehmens in einer Industriestadt des Ruhrgebiets bzw. zu den Beziehungen zwischen diesem Unternehmen und der Standortkommune als für die Unternehmenshistoriographie bereichernd einzuschätzen.²

Zur Gliederung des vorliegenden Beitrags ist zu bemerken, dass zunächst ein Überblick über die Literaturlage gegeben wird, der sich schwerpunktmäßig auf den Stand der Forschungen zu schwerindustriellen Unternehmen des Ruhrgebiets und ihrem Verhältnis zu den Kommunen bezieht. In einem zweiten Schritt werden knapp wichtige Gesichtspunkte des Problemfelds umrissen, ehe abschließend ein in diesem Zusammenhang bevorzugt behandelter Aspekt – nämlich der der Beeinflussung der Kommunalpolitik durch die Großindustrie in Stahlstädten wie Bochum und Hörde – in vergleichender Perspektive thematisiert wird.

Eine umfassende monographische, unternehmensgeschichtliche Studie zum Verhältnis von Unternehmen und Kommunen stellt bislang ein Desiderat dar. Lediglich vereinzelt enthalten Arbeiten, und dann meist solche nicht unternehmenshistorischer Art, Ansätze für entsprechende Untersuchungen. Intensiver hat sich bislang vor allem die Stadtgeschichtsforschung der Beziehungen zwischen Unternehmen und Kommunen angenommen. Für die Vergangenheit ist hier exemplarisch auf die kommunalhistorischen Studien von Helmuth Croon zu verweisen, für die jüngere Zeit kann als Beispiel die Oberhausener Stadtgeschichte von Heinz Reif genannt werden.³ Außerdem hat sich auch die Stadtsoziologie mit diesem Themenfeld beschäftigt.⁴

Erst jüngst wies Berghoff auf die Kommunalpolitik als einen von unternehmensgeschichtlichen Arbeiten weitgehend ausgeblendeten Bereich hin, wobei er vor allem die vollkommen fehlenden

² Der Verfasser beabsichtigt, diesen Aspekt in seiner durch ein Stipendium der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung geförderten, in Arbeit befindlichen Dissertation über die Unternehmensgeschichte des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation zwischen 1854 und 1926 besonders zu berücksichtigen. Im vorliegenden Beitrag soll die Industriedorf-Problematik weitgehend ausgeklammert werden. Die Ausführungen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Beziehungen zwischen dominantem Unternehmen der Montanindustrie und Sitzstadt.

³ Siehe z. B. Croon, Helmuth: Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung der rheinischen und westfälischen Städte, in: Dietrich, Richard und Oestreich, Gerhard (Hg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 289-306; Ders. und Utermann, Kurt: Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958. Croon, Helmuth: Bürgertum und Verwaltung in den Städten des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert, in: Tradition, 9 (1964), S. 23-41. Reif, Heinz: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846-1929, Köln/Pulheim 1993 (= Rheinisches Industriemuseum, Schriften; Bd. 7).

⁴ Um die Bemerkungen zum Forschungsstand auch hinsichtlich der Nachbardisziplinen hier nicht zu umfangreich ausfallen zu lassen, sei verwiesen auf Blaschke, Stefan: Unternehmen und Gemeinde. Das Bayerwerk im Raum Leverkusen 1891-1914, Köln 1999, S. 10-14.

Kenntnisse über unternehmerische Kommunalpolitik in der NS-Zeit bemängelte. Von der anderen Seite betrachtet, beklagt Goch bezogen auf das Ruhrgebiet die beinahe gänzliche Ausblendung der Stadtgeschichte in Untersuchungen zur Unternehmensgeschichte der Region.⁵ Eine Ausnahme bildet der von Frese und Zeppenfeld herausgegebene Sammelband, der sich jedoch auf das 20. Jahrhundert bezieht.⁶

Ausführlichere Berücksichtigung erfuhr das Verhältnis Unternehmen – Kommune hingegen in der jüngeren Vergangenheit in Studien zur Geschichte der Chemieindustrie in Deutschland. Von Hippel streift es recht peripher im Kontext der Gründungsgeschichte der BASF, so dass es kein durchgängiges Motiv in dem Beitrag zur Entwicklung des Unternehmens in seiner Anfangsphase bildet.⁷ Lediglich mit der Magisterarbeit von Stefan Blaschke liegt eine jüngere monographische Einzelfalluntersuchung zum Verhältnis von Unternehmen und Kommune vor, die um die Zeichnung eines recht umfassenden Bildes bemüht ist. Blaschke, der den Einbezug der Zusammenhänge zwischen Unternehmen und Kommune in die unternehmensgeschichtliche Forschung als bislang unzureichend bewertet, untersucht die Ansiedlung und Entwicklung von Bayer im Gebiet des späteren Leverkusens. Dabei steckt er ein recht interessantes Forschungsfeld ab und wirft anregende Fragestellungen auf.⁸ Hinsichtlich der Untersuchung eines Unternehmens in kleinstädtischer Umgebung Süddeutschlands liegt mit Berghoffs Hohner-Studie, die das Verhältnis des Musikinstrumentenherstellers zu der Gemeinde Trossingen thematisiert, eine wichtige und inspirierende Arbeit vor, die sich jedoch mit einer anderen Industriebranche in einem anderen kommunalen Umfeld beschäftigt.⁹

Wenn man nun noch einmal bedenkt, welchen großen Einfluss Unternehmen und unter diesen vor allem schwerindustrielle Großunternehmen durch ihre Ansiedlung und Expansion auf die Entwicklung und teilweise gar auf das Zustandekommen von Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet hatten, verwundert es eigentlich umso mehr, dass das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kommunen in dieser Region bisher von unternehmenshistorischer Seite eher stiefmütterlich behandelt worden ist. Diese Lücke spiegelt sich auch in der Literatur zur Unternehmensgeschichte des Ruhrgebiets wider: Die von den einzelnen Unternehmen verantwortete Festschriftenliteratur schenkt dem Aspekt Unternehmen – Kommune keine nennenswerte Beachtung.¹⁰ Weiter fehlen auch Einzelstudien zu schwerindustriellen Unternehmen der Region, wie sie eben Blaschke für Bayer und Leverkusen vorgelegt hat. Dies gilt selbst für das bereits in vielen seiner Facetten untersuchte Krupp-Unternehmen, das gewiss als eines der am besten erforschten Großunternehmen der Schwerindust-

⁵ Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 235. Abgesehen von der Kommunalpolitik thematisiert Berghoff das Verhältnis Unternehmen – Kommune dort nicht weiter. Goch, Stefan: *Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 34 (1994), S. 441-474, hier S. 447f. An dem von Goch ausgemachten Mangel hat sich auch bis in die Gegenwart wenig geändert.

⁶ Frese, Matthias und Zeppenfeld, Burkhard (Hg.): *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Wechselwirkungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft*, Essen 2000 (=Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 7).

⁷ Hippel, Wolfgang von: *Auf dem Weg zum Weltunternehmen (1865-1900)*, in: Abelshäuser, Werner (Hg.): *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*, 2. Aufl., München 2003, S. 19-116.

⁸ Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*.

⁹ Berghoff, Hartmut: *Zwischen Weltmarkt und Kleinstadt. Hohner und die Harmonika 1857-1961. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn u.a. 1997.

¹⁰ Siehe bspw. Däbritz, Walther: *Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation in Bochum. Neun Jahrzehnte in seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks*, Düsseldorf 1934. *Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand des [!] Phoenix Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hoerde. Denkschrift zum 60jährigen Bestehen des Unternehmens im Jahre 1912*, Dortmund 1912.

rie gelten kann.¹¹ Zwar ist häufig sogar dem historischen Laien das in der Literatur immer wieder aufgewärmte Beispiel bekannt, wonach Krupp im 19. Jahrhundert aufgrund seiner steuerlichen Potenz und des zeitgenössisch als solchen kritisierten „Geldsackwahlrechts“ zeitweise ein Drittel der Essener Stadtverordneten allein bestimmen konnte.¹² Darüber hinaus ist aber über die Beziehungen zwischen Krupp und der Stadt Essen wenig bekannt, wenn man von Ansätzen in den Arbeiten von Schröter und Bajohr absieht.¹³ Schröter spricht in seinem Aufsatz eher additiv wichtige Berührungspunkte wie die Grundstückspolitik, die Eingemeindungsfrage oder die Einrichtung von Infrastruktur an, ohne ihnen vertiefend nachzugehen. Stattdessen wird das Kruppsche Mäzenatentum und das Ausstrahlen der betrieblichen Sozialpolitik auf die Stadt thematisiert. Interessante Ansätze und sich aufdrängende Fragestellungen bleiben jedoch Fragment. Bajohr analysiert dagegen in seiner Untersuchung zur Entwicklung der SPD in Essen und ihrer Anhängerschaft das Verhältnis von Krupp und Stadt nicht grundsätzlich, sondern nur insoweit dies für seinen thematischen Rahmen von Bedeutung ist. Beispielsweise stellt er recht eingehend die innovative Kommunalpolitik in Essen während der zweiten Hälfte der Amtszeit des Oberbürgermeisters Zweigert dar, blendet allerdings die Position Krupps hierzu bzw. die Reaktion darauf aus.

Ähnliches gilt für das Bochumer Beispiel, wo vergleichbar mit Essen der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation das in der Stadt dominierende Unternehmen war. Im Rahmen seiner kommunalhistorischen Studien hat sich Croon auch mit den lokalpolitischen Verhältnissen in Bochum in der Industrialisierungsphase und dabei auch mit Einflussmöglichkeiten des Bochumer Vereins beschäftigt. Die teilweise noch thesenartigen Ansätze Croons hat Barbara Dorn in ihrer verdienstvollen, bedauerlicherweise nicht veröffentlichten Examensarbeit weiter fortgeführt und ausgearbeitet. Auch Crew greift in seiner Bochumer Sozialgeschichte den Einfluss des Bochumer Vereins auf.¹⁴ Indes beschränken sich die Betrachtungen des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune im Bochumer Beispiel schwerpunktmäßig auf den Aspekt der Kommunalpolitik, auf den noch zurückzukommen ist.

Es dürfte anhand der Ausführungen deutlich geworden sein, dass die Analyse der Beziehungen zwischen einzelnen dominierenden schwerindustriellen Großunternehmen des Ruhrgebiets und den Stadtgemeinden, auf denen sich ihr Betriebsgebiet befand, bislang über Ansätze und Fragmente kaum hinausgekommen ist. Die Entwicklung von unternehmenshistorisch relevanten Fragestellungen zu dem Themenfeld kann sich auf die verschiedenen Forschungsrichtungen zum Verhältnis von Unternehmen und Kommunen stützen, wie z.B. die anregenden Ansätze in Arbeiten zur Stadtgeschichtsforschung. Dabei sollte eine bisher vorherrschende Engfassung bei Betrachtung dieses As-

¹¹ Vgl. z.B. die in der jüngeren Vergangenheit erschienene zweibändige Unternehmensgeschichte: Gall, Lothar: Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums, Berlin 2000. Gall, Lothar (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002.

¹² Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, z.B. Croon, Bürgertum und Verwaltung, S. 32, und auch in nicht-historischer Literatur zur Verdeutlichung der Auswirkungen des Dreiklassenwahlrechts angebracht, siehe z.B. Nassmacher, Hiltrud und Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999, S. 47.

¹³ Schröter, Hermann: Die Firma Friedrich Krupp und die Stadt Essen, in: Tradition 6 (1961), S. 260-270. Bajohr, Frank: Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 1988 (=Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung; Bd. 3).

¹⁴ Croon, Stadtvertretungen. Croon, Bürgertum und Verwaltung. Dorn, Barbara: Die Bochumer Stadtverordneten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Soziale Herkunft und Stellung in der städtischen Gesellschaft, unveröffentlichte Examensarbeit, Bochum 1978. Crew, David : Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt/Main u.a. 1980.

pekts, die vor allem eine besondere Hervorhebung der Kommunalpolitik zur Folge hatte, überwunden werden.¹⁵ Ohne bestreiten zu wollen, dass dieser Punkt als ein zentraler und wichtiger anzusehen ist, in dem die Beziehungen zwischen Unternehmen und Kommune gewiss kulminieren konnten, erscheint das beiderseitige Verhältnis doch vielfältiger und vielschichtiger beschreibbar. Die Ausdifferenzierung dieses Forschungsfelds legt dabei die Wahl eines Ansatzes nahe, der über die alleinige Betonung der Kommunalpolitik hinausgeht. Um einen darüber hinausreichenden, möglichst umfassenden Blick gewinnen zu können, bedarf es einer Weitung des Begriffs der Gemeinde, die damit nicht nur als Verwaltungskörperschaft mit ihren Organen sondern auch als soziales Gebilde und als topographische Einheit zu begreifen ist.¹⁶

Es sollen deshalb drei große Sektoren differenziert werden, die für das Verhältnis Unternehmen – Kommune als außerordentlich wirkungsstark anzusehen sind, nämlich die *Politik*, die *Gesellschaft* und der *Raum*.¹⁷ Zweifellos bedeutende Berührungspunkte zwischen Unternehmen und Kommune ergeben sich im Bereich der Kommunalpolitik. Hier war es Unternehmen und ihren Vertretern am ehesten möglich, direkten Einfluss auf die politische Entwicklung vor Ort zu nehmen. Entsprechende unternehmenshistorische Untersuchungen müssten zum Ziel haben, Erkenntnisse hinsichtlich der kommunalpolitischen Linie von Unternehmen und ihrer bevorzugten Betätigungsfelder zu gewinnen, bzw. unternehmerischen Strategien und Handlungsweisen in für sie besonders relevanten Sektoren nachzuspüren, wie z.B. der Infrastruktur- oder Steuerpolitik. Dazu ist in einem ersten Schritt zunächst eine möglichst umfassende Durchleuchtung der Besetzung verschiedener kommunaler Organe notwendig, um die quantitative wie qualitative Repräsentation von Unternehmensvertretern werten zu können. In einem zweiten Schritt ist zu betrachten, in welchen Bereichen der Kommunalpolitik diese sich schwerpunktmäßig in welcher Weise betätigten.

Eng mit der Kommunalpolitik hängt auch die gesellschaftliche Dimension des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune zusammen. Die Interessenwahrung von Unternehmen bedingte nicht zwangsläufig das Vorhandensein direkter politischer Mehrheiten von Unternehmen in den kommunalen Gremien. Es ist zu berücksichtigen, dass Einflussnahme auch mit anderen Mitteln als denen der politischen Mehrheiten möglich war.¹⁸ Die Untersuchung dieser informellen, vergleichsweise subtilen Einwirkung auf kommunale Entscheidungsprozesse ist schwieriger und erfordert das Ausleuchten des gesellschaftlichen Umfelds des Unternehmens auf lokaler Ebene. In diesen Bereich fallen z.B. die Aktivitäten und das Engagement von Unternehmensangehörigen in örtlichen Vereinen sowie sonstige Verbindungen. Hierbei sind neben der Unternehmensleitung auch solche Firmenangehörige aus der zweiten Reihe zu berücksichtigen, die man beispielsweise auch als Unternehmensvertreter in den kommunalen Gremien wiederfindet. Im Rahmen des unternehmerischen Handelns wird man ebenfalls die Ausgestaltung und Optimierung der sozialen Bedingungen des Werksumfelds zu beachten haben. Als Fallbeispiel hierfür bietet sich die Analyse der betrieblichen Sozialpolitik und ihrer Auswirkungen auf die Kommune an. Diese wurde in der Regel auch deshalb

¹⁵ Siehe dazu beinahe symptomatisch die Herausstellung dieses Aspekts bei Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 235-240.

¹⁶ Vgl. auch Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 15.

¹⁷ Die drei Bereiche werden nicht einwandfrei abgrenzbar sein, da Überschneidungen zwangsläufig sind. Das umrissene Spektrum an Themen ist gewiss noch nicht vollständig und erweiterbar bzw. weiter zu modifizieren.

¹⁸ Frese, Matthias und Zeppenfeld, Burkhard: *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Fragestellungen und Ergebnisse*, in: Dies. (Hg.): *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert*, S. 11.

von Unternehmen betrieben, weil die Kommunen allein überhaupt nicht in der Lage waren, die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die betriebliche Sozialpolitik bildete somit in ihrer Konsequenz eine Schnittstelle zwischen Unternehmen und Kommune, da die ergriffenen Maßnahmen das direkte Werksumfeld betrafen. Gleiches galt in verschiedenen Zusammenhängen für die Bevölkerung, und zwar die Werksangehörigen als einen ihrer größten Bestandteile, wie auch den bürgerlichen Mittelstand.¹⁹ Vielen Großunternehmen war es auf diese Weise möglich, ihre Dominanz innerhalb der Gemeinde zu verstärken. Einen überaus interessanten Aspekt stellen schließlich die Reaktionen von Bürgern und Gemeinde auf das auf die Kommune bezogene unternehmerische Handeln dar, wobei in erster Linie die konstatierbaren Widerstände ein aufschlußreiches Forschungsfeld eröffnen.

Eine weitere bedeutende Ebene des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune ist der Raum. Unternehmen benötigen Flächen für Produktions-, Deponie- und sonstige Zwecke, wie z.B. für Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik. Als besonders flächenintensiv haben sich Betriebe der Großindustrie erwiesen, insbesondere aus der schwerindustriellen oder der chemischen Branche. Ihre Betriebsgelände und weitere dazugehörige Terrainkomplexe erstreckten sich oftmals auf das Gebiet mehrerer Kommunen, die dadurch eine spezielle Prägung erfuhren. Das Raumbedürfnis von Unternehmen mit seinen immer weiter gehenden Ansprüchen musste zu einem spannungsreichen Verhältnis mit der Kommune und deren Einwohnern führen.²⁰ Zum einen bewirkte die Ausdehnung des Unternehmens eine immer weiter voranschreitende Einschränkung der räumlichen Möglichkeiten der Kommune und die Dominierung erheblicher Teile des Gemeindebezirks durch den großgewerblichen Grundbesitzer. Hierdurch waren der Kommune in vielfacher Hinsicht die Hände gebunden. Zum anderen profitierten die überwiegend vor Ort ansässigen Alteigentümer der Grundstücke durch überaus lukrative Bodenverkäufe von der Ausweitung des unternehmerischen Grundbesitzes und gelangten auf diesem Wege oftmals zu Reichtum. In diesem Zusammenhang sind die unternehmerische Grundstückspolitik, ihre Motive und Strategien, sowie deren Auswirkung auf die Kommune ein interessanter Untersuchungsgegenstand, der bislang am Beispiel eines schwerindustriellen Unternehmens noch nicht im Detail bearbeitet worden ist. Für den Aspekt Unternehmen und kommunaler Raum wäre außerdem der Bereich der Folgen von Unternehmensansiedlung und -betrieb auf die Umwelt und der unternehmerische Umgang damit zu betrachten.

Neben der Grundstückspolitik sind weitere wichtige, den Raum betreffende Berührungspunkte bereits von Schröter angesprochen worden, der auch auf die Eingemeindungsfrage verweist und die Infrastrukturpolitik anführt.²¹ Gerade die Anlage und der Ausbau von Infrastruktur (z.B. Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrswege) sind für ein Unternehmen im kommunalen Rahmen äußerst wichtige Voraussetzungen zur Gewährleistung eines reibungslosen Betriebs. So ist die Einrichtung von

¹⁹ Siehe die Hervorhebung der Bedeutung betrieblicher Sozialpolitik schon bei Schröter, *Firma Friedrich Krupp*, S. 261-263. Auch Blaschke thematisiert in seiner Arbeit über Bayer die betriebliche Sozialpolitik des Chemieunternehmens. Vgl. Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 47-54.

²⁰ Vgl. Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 32-34. Bayer bildet in diesem Sinne ein recht gutes Beispiel. Die Verhinderung der weiteren Ausdehnung am räumlich erschöpften Standort Elberfeld und die Klagen der Anlieger über Belästigungen durch die Fabrikationsvorgänge können als ein Hauptmotiv für die Neuansiedlung am Rhein im Raum Leverkusen angesehen werden.

²¹ Schröter, *Firma Friedrich Krupp*, S. 266f. und 270. Auch Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, thematisiert diese Punkte. Zu den Interessen schwerindustrieller Unternehmen an den Eingemeindungsbewegungen im Ruhrgebiet vgl. demnächst verschiedene Beiträge in: Mittag, Jürgen und Wölk, Ingrid (Hg.): *Bochum und das Ruhrgebiet. Großstadt-bildung im 20. Jahrhundert*, erscheint Es sen 2005.

Infrastruktur ein wichtiger Punkt im Verhältnis von Unternehmen und Gemeinde und die Umstände zu ihrer Etablierung ein Indiz für die Art und Qualität der Beziehung. Als Beispiel seien hier die Modelle einer öffentlich-privaten Verbundfinanzierung in der Art der Public-Private Partnership angeführt, die Berghoff für die Infrastrukturfinanzierung in Trossingen ausgemacht hat.²²

Vor dem Hintergrund der bisher gemachten Ausführungen erscheint das Verhältnis von großindustriellen Unternehmen der Schwerindustrie zu ihren Sitzkommunen für die unternehmenshistorische Forschung ein lohnenswerter Untersuchungsgegenstand, der trotz Ansätzen bei Blaschke, Berghoff und Frese/Zeppenfeld gerade für die regionale Unternehmenshistoriographie immer noch ein Desiderat darstellt. Aussagekräftige Fallstudien sind abgesehen von wenigen Beispielen, die überdies schwerindustrielle Unternehmen im Ruhrgebiet ausklammern, nicht vorhanden, obwohl sich solche gerade auch wegen einer günstigen Quellenlage in Kommunal-, Wirtschafts- und Unternehmensarchiven anbieten würden.²³ Daraus resultierend fehlt eine großangelegte Studie zu dem Thema, die die Beziehungen von in verschiedenen Regionen und Branchen zu verortenden, ihre Standortgemeinden dominierenden Unternehmen zu den Kommunen vergleichend untersucht und auf diese Weise Schattierungen erkennbar macht. Dies ist umso nötiger, da Art und Intensität unternehmerischer Einflussnahme stark von den spezifischen örtlichen Verhältnissen abhängig waren. So wäre es gewiss aufschlussreich zu sehen, in welchem Maße gemeinsame Interessen oder Konfliktfelder, wie die Frage nach der Übernahme der Folgekosten der Industrialisierung, zwischen Unternehmen verschiedener Branchen und ihren Standortkommunen vorhanden waren. Die schon vor einiger Zeit erfolgten Anregungen, aus zukünftigen Fallstudien entsprechende Muster zu entwickeln, wurden wegen des Fehlens dieser Arbeiten bislang nicht aufgegriffen.²⁴

Abschließend wird mit dem vergleichsweise häufig thematisierten Bereich der Kommunalpolitik eine Seite des Verhältnisses zwischen dominierendem schwerindustriellen Unternehmen und Kommune am Beispiel des Bochumer Vereins in Bochum und des Hörder Vereins in Hörde untersucht. Vor allem in der Zeit bis 1918, um die es im folgenden gehen soll, waren den schwerindustriellen Großunternehmen insbesondere im westfälischen Teil des Ruhrgebiets durch die Ausgestaltung der Bedingungen des Dreiklassenwahlrechts weitreichende Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik gegeben.²⁵ Unterschiedliche Varianten dieser Möglichkeiten sollen hier am Beispiel der beiden Stahlstandorte Hörde und Bochum aufgezeigt werden, die bereits zeitgenössisch als

²² Berghoff, Hartmut: Großindustrie in der Kleinstadt 1900-1935. Kommunalpolitik zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 48-50. Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 236. Ähnliche, auf Public-Private Partnership basierende Kooperationen, zeigt Dellwig auch für das Beispiel Oberhausen auf. Vgl. Dellwig, Magnus: Kommunale Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung in Oberhausen 1862-1918-1938, in: Stadt Oberhausen (Hg.): Abenteuer Industriestadt. Oberhausen 1874-1999. Beiträge zur Stadtgeschichte, Oberhausen 2001, S. 53-71, hier S. 55.

²³ Siehe zur Quellenlage Rasch, Manfred: Quellen zur Stadtgeschichte in Archiven der Wirtschaft, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 247-263.

²⁴ Vgl. bereits die Anregungen Blaschkes zu weiteren Fallstudien aus anderen Branchen mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, um dadurch Erkenntnisse auf breiterer Basis zu gewinnen und zur Beseitigung des Forschungsdefizits beizutragen. Blaschke, Unternehmen und Gemeinde, S. 145. Siehe auch Frese und Zeppenfeld, Kommunen und Unternehmen, S. 11.

²⁵ Vgl. Croon, Helmuth: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindevahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960 (=Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen; Nr. 564). Siehe zu unternehmerischer Einflußnahme auf die Kommunalpolitik nach 1918 Beispiele bei Berghoff, Großindustrie in der Kleinstadt, S. 51ff.. Zeppenfeld, Burkhard: Industrielle Interessenvertretung in der Bochumer Kommunalpolitik zwischen 1918 und 1933. Die Entscheidung über die Steuersätze, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 23-42.

Negativbeispiele für das verschrieene Geldsackwahlrecht und den „Werksterrorismus“ berüchtigt waren.²⁶

Darüber hinaus weisen die beiden Städte wie auch die sie dominierenden Unternehmen in ihrer Entwicklung eine Reihe von Parallelen auf, die schon in der Namensgebung zu erkennen sind: Beide Gesellschaften, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation (BV) wie auch der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein (HV), gehören zu den ersten, auf Vertikalität ausgerichteten schwerindustriellen Kapitalgesellschaften im Ruhrgebiet. Kurz hintereinander – HV und BV entstanden 1852 bzw. 1854 – jeweils auf der Basis von Vorgängerunternehmen gegründet, waren die beiden Gesellschaften stark von denselben Kölner Aktionären aus dem Kreis um Gustav Mevissen beeinflusst. Beide Unternehmen vereinigten in sich die Produktionsabläufe von der Gewinnung der Rohstoffe bis hin zur Herstellung von Fertigprodukten, z.T. für dieselben Märkte. So waren beide Unternehmen auf dem Sektor des Eisenbahnmaterials tätig. Mit den Jahrzehnten nahmen sie an dem imposanten Aufstieg der Schwerindustrie des Reviers teil.²⁷ 1906 kam es zur Vereinigung des HV mit dem Phoenix. Am Ende ihrer Geschichte als selbständige Unternehmen kreuzten sich die Wege von BV und HV bzw. Phoenix schließlich wieder, als beide Firmen in den Vereinigten Stahlwerken aufgingen.

So wie der BV in Bochum dominierte der HV mit seinen Betrieben in Hörde die Strukturen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Unternehmen die größten und bestimmenden in den beiden Städten, die ebenfalls bemerkenswerte Ähnlichkeiten aufwiesen. Auch in vorangegangenen Jahrhunderten waren weder Bochum noch Hörde anders als vergleichsweise Dortmund oder Essen niemals bedeutende Orte gewesen. Im Gegensatz zu Hörde nahm Bochum, das auch bevölkerungsmäßig größer war, die Funktion eines Verwaltungsmittelpunkts für das mittlere Ruhrgebiet wahr. Auffallend war in Bochum wie in Hörde das, was Crew als einen „bemerkenswerten Mangel an Gemeindegefühl“ für das in Bochum ansässige und bis zur Industrialisierung die Kommune dominierende Kleinbürgertum konstatiert.²⁸ Der Gemeinsinn oder ein bürgerschaftliches Bewusstsein schien nicht besonders ausgeprägt gewesen zu sein, was sich in der Tatsache widerspiegelt, dass beide Kommunen aufgrund von beinahe identischen Argumenten 1835 die Einführung der revidierten Städteordnung und damit der gemeindlichen Selbstverwaltung ablehnten. In Bochum wurde sie schließlich 1843, in Hörde hingegen erst 1858 eingeführt.²⁹

²⁶ Hue, Otto: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2. Bd., Stuttgart 1913, S. 247-249. Hue, ein gebürtiger Hörder, kannte die dortigen Verhältnisse gewiss aus eigener Anschauung. Weitere Beispiele für die Kritik an den kommunalpolitischen Verhältnissen im Ruhrgebiet von sozialdemokratischer Seite: Wetzler, Heinrich: Die Großstadt Bochum, in: Kommunale Praxis, 7 (1907), Nr. 38/39, Sp. 893-896. König, Max: Über den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Großindustrie auf die Gemeinde-Vertretung und -Verwaltung im Ruhrgebiet, in: Kommunale Praxis, 7 (1907), Nr. 38/39, Sp. 902-924.

²⁷ Die jeweilige Unternehmensentwicklung kann an dieser Stelle nicht im Detail nachgezeichnet werden. Siehe zur Geschichte des BV: Däbritz, Bochumer Verein. Zur Geschichte des HV liegen ebenfalls diverse Festschriften vor. Einen guten unternehmensgeschichtlichen Überblick gibt Ellerbrock, Karl-Peter: Hördes Eintritt ins Industriezeitalter. Von Piepenstock zum Phoenix Konzern, in: Högl, Günther und Schilp, Thomas (Hg.): Hörde. Beiträge zur Stadtgeschichte. 650 Jahre Stadtrechte Hörde (1340-1990), Dortmund 1990, S. 98-111. Zur Branchengeschichte: Feldenkirchen, Wilfried: Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982 (=Zeitschrift für Unternehmensgeschichte; Beiheft 20).

²⁸ Crew, Bochum, S. 124. Siehe zur Entwicklung Bochums auch knapp Croon, Helmuth: Die Stadt Bochum – ihr Weg zur modernen Groß- und Universitätsstadt, in: Bochumer Heimatbuch, Bd. 8 (1985), S. 21-29.

²⁹ Darpe, Franz: Geschichte der Stadt Bochum nebst Urkundenbuch, einer Siegeltafel und einer Ansicht der Stadt aus dem Anfange des 18. Jahrhunderts, Bochum 1894, S. 524-528. Bausch, Hermann Josef: Von der rathäuslichen Verfassung zum preußischen Magistrat. Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Hörde, in: Högl und Schilp (Hg.): Hörde, S. 26 und 35.

Typisierend bleibt für Bochum und teilweise auch für Hörde festzuhalten, dass die Stadt einen besonderen Fall darstellt. Bezogen auf ihre Entwicklung im Zeitalter der Industrialisierung nimmt sie eine Mittelstellung zwischen Industriestädten mit vorindustriellen, stadtbürgerlichen Traditionen wie Dortmund, Essen oder Mülheim und den neuen Industriestädten und -dörfern des nördlichen Ruhrgebiets ein. Bochum war eine durch die Großindustrie – und wenn man den Steinkohlenbergbau außerhalb des städtischen Weichbildes unberücksichtigt lässt, sogar eine durch ein dominantes Großunternehmen, nämlich den BV – überformte Stadt der Hellwegzone mit einer im Kern vorindustriellen Siedlung. Durch diesen altstädtischen Kern unterschied sich Bochum von den aus dem Boden gestampften, neuen Industriestädten des nördlichen Ruhrgebiets. Auf der anderen Seite wies die Stadt, was stadtbürgerliche Traditionen und bürgerschaftlichen Geist anging, ein erhebliches Defizit auf. Traditionelle, bürgerliche Kreise waren hier anders als z.B. in Dortmund nicht ansässig und die vorhandene kleinbürgerliche Führungsschicht Bochums verlor durch die Umwälzungen des Industrialisierungszeitalters rasch an Bedeutung. Man könnte es zugespitzt auch so formulieren, dass Bochum als Untersuchungsgegenstand deshalb so interessant ist, weil es gewissermaßen zur „Managerstadt“ wurde. Im Grunde wurden nämlich jene Manager, die die Wirtschaft in und um Bochum überwiegend leiteten und fast ausschließlich in die Stadt zugewandert waren, zu deren wichtigsten Bürgern, die sich auch in der Kommunalpolitik betätigten und dabei nach Berghoff ein „instrumentelles Politikverständnis“ entwickelten.³⁰ Dies resultiert daraus, dass jene zugewanderten Manager, die Bochums neue wirtschaftsbürgerliche Elite darstellten, zum größten Teil innerlich nicht mit der Stadt verbunden waren. Daher beschränkte sich ihr Interesse an der Stadt schwerpunktmäßig darauf, dass diese so zu funktionieren hatte, wie es die industriellen Notwendigkeiten erforderten. Engagement für Projekte sozialer oder kultureller Art, die nicht in direktem Zusammenhang mit den eigenen beruflich-industriellen Bedürfnissen standen, war von ihnen im Gegensatz zu stadtbürgerlichen, wie z.B. in Dortmund ansässigen Kreisen kaum zu erwarten. Und da der Bochumer Verein das größte Unternehmen in der Stadt war, wurde er mit den Jahrzehnten zu einer festen, mehr denn je dominanten Größe in der Kommunalpolitik.

Anders sah dies beispielsweise in Dortmund aus, das auch von den industriellen Umwälzungen betroffen war, wo jedoch nicht ein Unternehmen allein die Strukturen beherrschen konnte. Dies ist auch dadurch erklärbar, dass Dortmund eine andere industrielle Struktur als Bochum aufwies. Neben der gleichfalls bedeutenden Schwerindustrie (Hoesch, Union) existierte eine Reihe von großen mittelständischen Unternehmen z.B. in der Brau- und Maschinenbaubranche. So kam es, dass in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung Vertreter verschiedener Unternehmen der Schwerindustrie, vornehmlich von der Ebene der Manager, vorzufinden waren. In der Mehrzahl waren jedoch Angehörige jenes selbständigen mittelständischen Unternehmertums anzutreffen. Folglich war ein herausstechendes Merkmal der Dortmunder Verhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg, dass dort altansässiges, sich im mittelständischen Unternehmertum etabliert habendes Bürgertum in den städtischen Gremien (v.a. im Magistrat) stark hervortrat, was in diesem Umfang in anderen Ruhrgebietsstädten nicht zu beobachten war. Luntowski meint hierin „eine durchaus noch lebendige reichsstädtische Tradition“³¹ konstatieren zu können.

³⁰ Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 237. Siehe zu den Entwicklungen in Bochum im Vergleich mit anderen Revierstädten Croon, *Stadtvertretungen*, S. 296f.

³¹ Luntowski, *Gustav: Die kommunale Selbstverwaltung, Dortmund 1977* (=Geschichte Dortmunds im 19. und 20. Jahrhundert; Bd. 1), S. 98. Siehe zu den Verhältnissen in verschiedenen Ruhrgebietsstädten auch Croon, *Bürgertum und*

Ebenso grundsätzlich verschieden wie in Bochum gestalteten sich die Verhältnisse in Hörde, wo seit etwa 1840 mit dem HV bzw. seiner Vorgängerin, der Hermannshütte, ein schwerindustrielles Unternehmen mehr oder weniger allein die Entwicklung der Kommune beeinflusste: Bereits 1843 war mit dem Hüttendirektor Kromayer ein erster zugezogener Industrievertreter in den Hörder Gemeinderat eingetreten, der bald das bisher maßgebliche Haupt des Gremiums ablöste. Schon gegen Ende der 1840er Jahre wurde Kromayers Rolle in der Hörder Gemeindepolitik kritisiert. Seit dieser Zeit hatte das Unternehmen gewissermaßen sein Bein in der kommunalpolitischen Tür und stieß diese mit der Zeit immer weiter auf. Die Zahl der Gemeindevertreter aus den Reihen des HV wuchs ständig an.³² Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1918 nahmen beim HV Beschäftigte mit einer Vertreterquote von etwa 30% eine dominante Position ein. Sie sind als wohl größte homogene Gruppe innerhalb der Stadtverordnetenversammlung zu beschreiben, wo jedoch überwiegend Vertreter des Mittelstandes vorzufinden waren. Für diese wäre noch zu klären, in welchem Maße sie von dem die Kommune dominierenden Unternehmen abhängig waren (Zulieferer, Kaufleute, Handwerker, Freiberufler). Es muss dabei generell in Rechnung gestellt werden, dass die Unternehmen durch ihre in die politischen Gremien gewählten Direktoren, Beamten und Vertrauensleute einen starken Einfluss ausübten, da gerade in diesen monostrukturierten Kommunen andere mittelständische Vertreter weniger denn je von der Industrie wirtschaftlich unabhängig waren. Damit konnte Kommunalpolitik in einer Gemeinde bzw. Stadt wie Hörde nicht stattfinden, ohne dass das dominierende Unternehmen, vertreten in Person seiner Beschäftigten und Vertrauensleute, seinen Standpunkt einbrachte. Insbesondere die erste und die dritte Wählerabteilung wurde vom HV beherrscht. In der ersten Abteilung war ihm dies umso leichter möglich, da der HV als größter Steuerzahler aufgrund des Wahlrechts für juristische Personen in Westfalen zwischendurch wiederholt, wie z.B. 1871 oder 1909, als einziger Wähler fungierte.³³ Unter den Stadtverordneten, die für den HV tätig arbeiteten, waren sowohl Direktoren und leitende Ingenieure als auch Meister, Beamte und einfache Angestellte sowie vereinzelt sogar Arbeiter. Insgesamt ist über die Hörder Stadtverordnetenversammlung in der Zeit bis 1918 zu sagen, dass ihre Mitglieder in verschiedenen Abstufungen liberal und unter ihnen nur recht wenige Katholiken vorzufinden waren. Bis 1918 konnte die SPD, anders als in Essen oder Dortmund, nicht einen Stadtverordneten stellen.

Die Stellung des HV in der Kommune war nach 1870 eine immer unbestrittenere. Das Unternehmen spielte nicht nur in der Stadtverordnetenversammlung eine wichtige Rolle, noch mehr als dort waren Unternehmensvertreter durch ihre Mitgliedschaft im Magistrat direkt in die kommunale Verwaltungsarbeit eingebunden. Im Magistratskollegium wirkten leitende Ingenieure sowie Direktoren des Unternehmens mit, also gewissermaßen Vertreter aus der ersten Reihe. Darüber hinaus kam der unbesoldete Beigeordnete, der auch den Bürgermeister vertrat, über die meisten Wahlperioden hinweg aus den Reihen der HV-Angehörigen. Bis 1918 stellte der HV etwa ein Drittel der Magistratsmitglieder und regierte so noch stärker in Hörde mit als dies allein durch seine Vertretung

Verwaltung.

³² Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 34. Verzeichnis der Hörder Kollegien und ihrer Mitglieder in Luntowski, Kommunale Selbstverwaltung, S. 159ff.

³³ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 40f. Dies erinnert an die Beherrschung der ersten Wählerabteilung durch Krupp in Essen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Hierdurch war es umso einfacher möglich, Unternehmensinteressen in der Arbeit des Kommunalparlaments durchzusetzen. Krupp vermochte es auf diese Weise, bei den Wahlen 1894 seinen Fabrikbaumeister Schmohl in die Essener Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Schmohl sollte dort wie in der Baudeputation Krupps Interessen vertreten. Vgl. Bajohr, Krupp und Kommune, S. 169.

in der Stadtverordnetenversammlung möglich gewesen wäre.³⁴ So bleibt insgesamt festzuhalten, dass in Hörde zwischen 1859 und 1918 jeweils etwa ein Drittel der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung wie des Magistrats zeitgleich Beschäftigte des HV waren. Dass Kommunalpolitik dadurch häufiger in der Hauptverwaltung des HV als im Hörder Rathaus gemacht wurde, liegt deshalb nicht außerhalb der Vorstellungskraft.

Noch deutlicher wird dies, wenn man sich vergegenwärtigt, dass so gut wie alle kaufmännischen wie technischen Leiter, also die höchste Ebene der Betriebshierarchie, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, teils als Magistratsmitglieder bzw. Beigeordnete, teils als Stadtverordnete in der Kommunalpolitik aktiv waren.³⁵ So kam es 1870 zu einer Neuorganisation der städtischen Verwaltung durch den Beigeordneten Hilgenstock, der beruflich als Oberingenieur beim HV tätig war. Hilgenstock und sein gleichfalls beim HV in herausgehobener Position beschäftigter Bruder haben wohl in den 1870er/80er Jahren nach Einschätzung des Hörder Sozialdemokraten Otto Hue in der dortigen Kommunalpolitik ein „Schreckensregiment“ geführt.³⁶

Zur Durchsetzung ihrer Interessen in der Kommunalpolitik waren die Unternehmen bemüht, ihnen genehme politische Mehrheiten zu schaffen. Das konnte auf unterschiedliche Art und Weise geschehen: Zum einen war dies möglich durch die eigene Stimmabgabe der juristischen Person als Wähler. Zum anderen konnte man Einfluss auf die entsprechenden Mandatsträger nehmen, die für die Firma arbeiteten, und auf diejenigen, die als Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder nicht bei dem Unternehmen beschäftigt, jedoch in einem anderen Verhältnis von ihm abhängig waren. Die dritte Möglichkeit bestand darin, die bei dem Unternehmen beschäftigten Wahlberechtigten in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen. Diese Option versprach gerade bei Großunternehmen mit Tausenden von Beschäftigten und Wahlberechtigten besonderen Erfolg und wurde folglich von den Unternehmen in der Form von Druckausübung besonders eingehend genutzt – was teilweise zu Auswüchsen führte, die Hue als „Werksterrorismus“ geißelt. Zeitgenössisch kritisiert und auch Gegenstand von staatlicherseits durchgeführten Untersuchungen waren die Umstände von politischen Wahlen im Kaiserreich, vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene, für die die öffentliche Stimmabgabe im Wahllokal vorgesehen war. Unternehmer und ihre Vertreter gehörten zu denjenigen, die die Wahlumstände und das Wahlverhalten ihrer Werksangehörigen sowohl mit subtilen als auch mit sehr direkten Methoden zu beeinflussen suchten. Die Bandbreite war groß: Neben dem Ausschchenken von Freibier und Schnaps fand die öffentliche, mündliche Stimmabgabe unter den Augen von spaliertehenden Meistern und Beamten, also den Vorgesetzten aus dem Betrieb, statt, die die Wahlberechtigten teilweise wie Stimmvieh zu den Wahllokalen geleiteten und dort beaufsichtigten. Bei Reichstagswahlen waren in Hörde durch Beamte des HV sogar die aus Sicht des

³⁴ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 40-43. Von den zehn unbesoldeten Beigeordneten, die zwischen 1859 und 1918 in Hörde amtierten, waren sechs beim HV beschäftigt. Vgl. Bausch, Hermann Josef (Bearb.): Stadt und Amt Hörde 1522-1928 (Stadtarchiv Dortmund-Bestand 15). Findbuch, Dortmund 1994 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dortmund; Bd. 11), S. 105-110. In Mülheim/Ruhr fungierte der kaufmännische Direktor der Friedrich-Wilhelms-Hütte, Zerwes, 1879 sogar als Bürgermeister. Vgl. Rasch, Quellen zur Stadtgeschichte, S. 250.

³⁵ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 43. Luntowski, Kommunale Selbstverwaltung, S. 159ff. Hoerder Bergwerks- und Hütten-Verein Hoerde in Westfalen. 50 Jahre seines Bestehens als Actien-Gesellschaft 1. März 1852/1902, Aachen 1902.

³⁶ Hue, Bergarbeiter, S. 247f. Hue nennt zwar nicht die Namen der von ihm gemeinten Personen, aus der geschilderten Konstellation kann es sich jedoch nur um die Brüder Hilgenstock handeln.

Unternehmens richtigen Stimmzettel an die wahlberechtigten Mitarbeiter verteilt worden. Als ein weiteres Negativbeispiel führt Hue in diesem Zusammenhang auch den BV an.³⁷

Für den Bochumer Verein sind ähnliche Umstände zur Erzeugung von Druck bei den Kommunalwahlen wie in Hörde belegbar: So zogen die wahlberechtigten Beschäftigten des Unternehmens beispielsweise 1876 im geschlossenen Zug zur Stimmabgabe zum Wahllokal, das sie auf diese Weise – als Nebeneffekt – gleichzeitig verstopften, womit anderen Wählern die Wahlmöglichkeit versperrt war. 1910 transportierte der BV seine wahlberechtigten Arbeiter in Kolonnen mit seiner Anschlußbahn in einen Bochumer Ortsteil, wo die Meister in den Wahllokalen die Stimmabgabe überwachten. Noch 1912 wurden sozialdemokratische Flugblattverteiler aus der werkseigenen Kolonie Stahlhausen verjagt.³⁸ Eine Institution waren beim BV jedoch über Jahrzehnte hinweg jene „obligatorischen Vorbesprechungen“, die im Vorfeld der Kommunalwahlen durch den Generaldirektor Louis Baare auf der Gusstahlfabrik abgehalten wurden und in deren Verlauf der Standpunkt des Unternehmens zu den Wahlen dargelegt wurde. Wie diese Veranstaltungen genau abliefen, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Dass eine Rede des Generaldirektors zu den anstehenden Wahlen, den dazu antretenden Kandidaten und der Position des BV zu diesen im Mittelpunkt stand, ist kaum anzuzweifeln. An den Veranstaltungen nahmen alle Beamten und Meister, ursprünglich auch die Arbeiter teil. Mit dem Anwachsen der Belegschaft war jedoch etwa seit den 1890er Jahren nur noch die Anwesenheit einer kleinen Gruppe von Arbeitern möglich, entweder maximal 10% der Arbeiter oder pro Werkstatt je zwei Arbeiter verschiedener Konfession, die dann als Multiplikatoren zu wirken hatten.³⁹ Baare selbst hatte 1891 im Rahmen einer Gerichtsverhandlung eingeräumt, den wahlberechtigten Beschäftigten Kandidaten empfohlen zu haben, wobei er aber gleichzeitig die Ausübung von Druck bestritt. Dass diese Aussage anzuzweifeln ist, belegen die oben geschilderten Praktiken. Die Wahl ihm nicht genehmer Kandidaten in die Stadtverordnetenversammlung bekämpfte der Generaldirektor entschieden, wie mehrere Beispiele belegen. Meist setzte er sich mit seinen diesbezüglichen Auffassungen auch durch, wofür seine Bemühungen um die Verhinderung der Wahl seines Intimfeindes Heinrich Köhler, ehemals Ingenieur beim BV und später Gründer der Westfälischen Stahlwerke, im Jahr 1890 Zeugnis ablegen. Durch den erzeugten Druck und die Wahlbeeinflussung gelang es dem BV, die dritte Wählerabteilung, in der die wahlberechtigten Arbeiter abstimmten, mit der Zeit zu beherrschen. Eine gleichzeitige klare Dominanz als einziger Wähler in der ersten Abteilung, wie sie für den HV in Hörde oder Krupp in Essen zeitweise möglich war, ist für den BV in Bochum nicht feststellbar. So konnte das Unternehmen die Stadtverordneten für die erste Abteilung nie allein, sondern lediglich mitbestimmen. Die meisten Stadtverordneten die beim BV beschäftigt waren, wurden durch die dritte Abteilung gewählt, auf die sich das Unternehmen umso mehr stützte, als das ansässige Kleinbürgertum sich zeitweise gegen die Wahl von Industrievertretern wandte.

³⁷ Hue, Bergarbeiter, S. 247-249. Als besonders krasse Beispiele für den "Werksterrorismus" bei politischen Wahlen nennt Hue neben BV und HV u.a. die Dortmunder Union, Hoesch sowie die Gutehoffnungshütte. Verglichen „mit diesen Hochburgen des wüsten Werksterrors“ seien die Wahlabläufe durch Krupp in Essen weniger gestört worden.

³⁸ Friedemann, Peter; Hausmann, Jörg und Heinevetter, Edgar (Hg.): Philipp Sommerlad. Vom „Hessebub“ zum „Bochumer Jungen“. 70 Jahre sozialistische Bewegung in Bochum (1878-1948), Essen 1990, S. 61 und 73. Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 65 und 89.

³⁹ Vgl. Historisches Archiv Krupp WA 80/4355.

Im Vergleich mit dem HV betätigte sich der BV erst relativ spät in der Kommunalpolitik: Zwar hatte sich der Mitbegründer der Gusstahlfabrik Eduard Kühne, später Verwaltungsratsmitglied beim BV, zwischenzeitlich als Stadtverordneter engagiert, den eigentlichen Anfangspunkt muß man jedoch im Eintritt des Generaldirektors Louis Baare in die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1863 sehen. Von diesem Zeitpunkt an gehörte Baare dem Gremium über 34 Jahre lang ununterbrochen bis zu seinem Tod an. Bis in die zweite Hälfte der 1870er Jahre blieb der BV in dem Kollegium quantitativ nur schwach durch Baare und ab 1869 durch den zusätzlich hinzutretenden technischen Direktor repräsentiert. Dies änderte sich erst mit den Kommunalwahlen von 1878, bei denen der BV das erste und einzige Mal mit einer eigenen Liste antrat und erfolgreich war. In dieser Phase trat das Unternehmen in Bochum demonstrativ kommunalpolitisch in Erscheinung und gewann nunmehr auch quantitativ an Gewicht.⁴⁰ Die Anzahl der beim BV beschäftigten Stadtverordneten erhöhte sich auf vier bis fünf bei einer Gesamtzahl von 24 Kollegiumsmitgliedern. Mit der Erweiterung des Gremiums auf 36 Sitze in den 1890er Jahren wuchs der Anteil der BV-Beschäftigten lediglich proportional, so dass seit 1893 etwa sechs bis sieben beim BV Tätige vertreten waren, woran sich auch nach der Vergrößerung des Kommunalparlaments auf 48 Sitze in Folge der Großstadtwerdung Bochums im Jahre 1904 nichts änderte. Damit blieb der BV mit der Vertretungsquote durch bei ihm Beschäftigte klar hinter dem HV zurück. Baare bestritt nie, eine entsprechende Repräsentation des BV durch seine Angestellten in der Stadtverordnetenversammlung betrieben zu haben. Allerdings machte er geltend, dass sich das Unternehmen, das aufgrund seiner wirtschaftlichen und steuerlichen Bedeutung für die Stadt nach Baares Rechnung acht von 24 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung beanspruchen konnte, freiwillig mit vier Sitzen begnügt habe.⁴¹

Von den zwischen 1865 und 1904 in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen 99 Mitgliedern waren lediglich 13 beim BV beschäftigt. Diese 13 waren gleichermaßen im kaufmännischen wie im technischen Bereich als führende Mitarbeiter tätig, sie waren Direktoren, Prokuristen, Ingenieure und Beamte. Außerdem gehörte ein Obermeister zu ihnen. Die meisten von ihnen waren enge und wichtige Mitarbeiter der Firmenleitung, deren Vertrauen sie besaßen, und gehörten dem Unternehmen zum Zeitpunkt ihrer Wahl in die Stadtverordnetenversammlung teilweise schon über Jahrzehnte an. Bemerkenswert ist, dass sie im Durchschnitt 16 Jahre Mitglieder des Gremiums waren.⁴² Nach Louis Baare war kein Mitglied der Unternehmensleitung, weder der Generaldirektor noch der technische Direktor, mehr in der Stadtverordnetenversammlung vertreten, was auch mit einer allgemeinen Zurückhaltung beim Engagement außerhalb des Unternehmens in der Ära des Nachfolgers Fritz Baare zusammenhängen dürfte. Die kommunalpolitische Vertretung der Unternehmensinteressen blieb nun allein leitenden Angestellten überlassen, die bereits zuvor für die Präsenz des Unternehmens bei den Sitzungen gesorgt hatten. Der Generaldirektor räumte dann nämlich doch anderen Verpflichtungen eine höhere Priorität ein, als regelmäßig zu den Stadtverordnetensitzungen zu erscheinen. Louis Baare war dort nur sporadisch anwesend.⁴³ Allerdings ist bemerkenswert, dass er bei aller Überhäufung mit sich vermehrenden unternehmerischen Geschäften und sonstigen Auf-

⁴⁰ Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 90.

⁴¹ Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5.6.1891. Rheinisch-Westfälisches Tagblatt vom 5.6.1891.

⁴² Zu Stadtverordneten, die beim BV beschäftigt waren auch Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 53f. und 66.

⁴³ Dies belegen Stichproben aus den Sitzungsprotokollen der Stadtverordnetensitzungen der 1870er und 1880er Jahre, wonach der Stadtverordnete Baare teilweise in weniger als der Hälfte der Sitzungen eines Jahres anwesend war. Vgl. Stadtarchiv Bochum B 2081-2086; B 2111.

gaben nicht auf die Wiederwahl verzichtet hatte. Letztlich zeigte er, wenn auch nicht permanent, aber doch wohl bewusst Präsenz in dem Gremium. Sein häufiges Fehlen wird ihm jedoch umso leichter gefallen sein, da er um die Anwesenheit von engen Mitarbeitern wusste, die die Verhandlungen verfolgten und die Ansichten des BV vertraten. Diese treuen Beschäftigten machten eine Gruppe im Stadtparlament aus, die sich selbst als die „Gussstählernen“ begriff. Sie bildeten den Kern der mit dem BV im Zusammenhang stehenden Stadtverordneten, zu denen auch noch andere zu zählen sind, nämlich: die Verwaltungsratsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Aktionäre und solche, die man als Freiberufler, Lieferanten, Dienstleister usw. als Interessenten bezeichnen kann.⁴⁴

Unter Einschluss dieser Personengruppen vermochten die „Gussstählernen“ im Stadtparlament eine äußerst starke Gruppe zu stellen, ohne die absolute Mehrheit zu verkörpern. Zweifellos stellte der BV in Bochum wie der HV in Hörde die entscheidende, einflussreiche Größe dar, wie es auch zeitgenössisch schon von den staatlichen Aufsichtsbehörden auf der Provinzialebene klar erkannt wurde. Insgesamt war durch die „Gussstählernen“ und Anhang sowie Vertreter des Bergbaus ein Übergewicht der Repräsentanten der Schwerindustrie, das vor allem für die erste und die dritte Abteilung ins Auge fiel, in der Stadtverordnetenversammlung entstanden. Wie in Hörde und vielen neuen Industriestädten des nördlichen Ruhrgebiets ging die Leitung der städtischen Geschicke in Bochum seit Mitte der 1870er Jahre mehr und mehr in deren Hände über.⁴⁵ Damit war dem BV jedoch nicht uneingeschränkt freie Bahn eröffnet, so dass man auch Niederlagen hinnehmen musste. In diesem Zusammenhang ist auch Baares Scheitern bei der Wahl zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1879 zu sehen. Vor allem in dieser Phase wurde die zunehmende Vormachtstellung des BV in den Kommunalwahlkämpfen auch wiederholt angegriffen.

Seit den 1880er Jahren waren die „Gussstählernen“ und andere beim BV beschäftigte Personen, die nicht Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren, in den kommunalen Ausschüssen und Kommissionen vertreten, so dass das Unternehmen auch Einblick in deren Tätigkeit und Einfluss auf die Beschlüsse der Gremien hatte. Auffallend unterrepräsentiert erscheint der BV hingegen, anders als der HV in Hörde, bei seiner direkten Vertretung im Magistrat. Dort war der BV erst seit 1889 durch ein Verwaltungsratsmitglied repräsentiert. Bis 1918 finden sich insgesamt lediglich zwei Verwaltungsratsmitglieder und der stellvertretende Generaldirektor des Unternehmens als unbesoldete Magistratsmitglieder wieder. Darüber hinaus erscheinen unter den Namen anderer unbesoldeter Magistratsmitglieder noch diejenigen von BV-Aktionären und Interessenten.

Bis zu Beginn der 1890er Jahre hatte sich in Bochum schließlich das von zeitgenössischen Kritikern sog. „System Baare“ ausgeprägt, unter dem man eine weitgehende, teils offene, teils latente Einflussnahme durch den BV mit seinem mächtigen Generaldirektor an der Spitze auf die städtischen Gremien verstehen kann. Begünstigt wurde dies gewiss auch durch Verbindungen zwischen dem BV und den Spitzen der neuen industriestädtischen Gesellschaft. Obwohl Bochum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht gerade als ein Zentrum des nationalen Handels- und Finanzwesens

⁴⁴ Diese Personengruppen zu erfassen, ist im Ganzen nicht leicht. Für die Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsmitglieder ist dies relativ einfach. Schwierigkeiten bereitet hingegen die Erfassung aller Aktionäre und Interessenten unter den Stadtverordneten. Zu Verflechtungen von Stadtverordneten mit dem BV siehe Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 54f. und Tabellen VII und VIII. Die Quantifizierungen Dorns sind jedoch wegen der von ihr zu Grunde gelegten Quellen mit Vorsicht zu betrachten.

⁴⁵ Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 67f.. Croon, Bürgertum und Verwaltung, S. 35.

gelten konnte, lebten immerhin 13 der 34 zwischen 1854 und 1906 gewählten Verwaltungsratsmitglieder des BV in der Sitzstadt. Somit stellten die Bochumer unter den Vorstandsmitgliedern des BV noch vor den Herkunftsorten Köln, Essen und Berlin die größte Gruppe. Fast alle Bochumer Vorstandsmitgliedern stammten aus im Zuge der Industrialisierung zugezogenen Familien, die nunmehr die industriestädtische Honoratiorenelite mitbildeten, also aus jenem bereits oben erwähnten Industriebürgertum. Die meisten von ihnen waren durch geschäftliche, freundschaftliche oder sogar verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden. Von den 13 Mitgliedern waren acht Stadtverordnete, sechs von ihnen übten ihr kommunalpolitisches Amt zeitgleich mit dem Verwaltungsratsmandat aus. Zwei dieser Stadtverordneten wurden während ihrer Mitgliedschaft im BV-Verwaltungsrat als unbesoldete Mitglieder in den Magistrat gewählt. So lässt sich für die ersten 50 Jahre des Bestehens des Unternehmens das Prinzip der Schaffung einer ausgesprochen breiten Vorstandsbasis vor Ort durch den Einbezug der neuen industriebürgerlichen Elite vermerken, obwohl die Stadt selbst nicht als Zentrum der BV-Großaktionäre anzusehen ist. Auf diese Weise verbanden sich der BV und die industriebürgerliche Elite Bochums miteinander, so dass man auch hierin einen Teil jenes Netzwerkes erkennen kann, das das „System Baare“ in Bochum ausmachte.

Abschließend sollen die kommunalpolitischen Verhältnisse in Bochum und Hörde unter Berücksichtigung der Rolle der beiden Großunternehmen einer knappen Gegenüberstellung unterzogen werden. Auch aufgrund der oben skizzierten Konstellationen, in Bochum noch begünstigt durch gemeinsame Wahlvorschläge von Nationalliberalen und dem Zentrum, gelang vor 1918 nicht einem SPD-Kandidaten der Einzug in den Rat einer der beiden Städte. Zu den kuriosen Wahlverhältnissen dieser Epoche ist der Umstand zu zählen, dass der erste Fabrikarbeiter, der 1907 in Bochum Stadtverordneter wurde, kein Sozialdemokrat war, sondern als Kompromisskandidat der beiden Parteien aus dem Lager der nationalen, evangelischen Arbeitervereine kam.⁴⁶ Deren im Bochumer Raum dominierende Dachorganisation, der Evangelische Arbeiterbund, wurde vom BV unterstützt. Der erste Arbeiter im Bochumer Rat war Walzwerksarbeiter beim BV, der in der werkseigenen Kolonie wohnte, und der Richtung des BV in der Stadtverordnetenversammlung zuzuordnen ist. Er verblieb dort lediglich für eine Wahlperiode, so dass die Vertretung von BV-Arbeitern in der Kommunalpolitik unter dem Dreiklassenwahlrecht durch einen Mann aus den eigenen Reihen lediglich einem seltsamen Intermezzo glich. Insgesamt war die direkte Vertreterquote, zwischen 1859 und 1918 war etwa jeder dritte Stadtverordneter ein Angestellter des HV, in Hörde wesentlich höher als in Bochum, wo für die Zeit zwischen 1904 und 1918 etwa sechs weitere für den BV tätige Stadtverordnete auszumachen sind, so dass sich die Gesamtzahl für die Zeit zwischen 1865 und 1918 auf etwa 20 beläuft. Auch ist für Bochum im Gegensatz zu Hörde kein kontinuierliches Engagement von leitenden Angestellten bzw. Mitgliedern der Unternehmensleitung im Magistrat festzustellen, so wie überhaupt ein äußerst zeitverzögerter Einstieg in die Kommunalpolitik für den BV zu konstatieren ist. Als einziger Angestellter des BV war ab 1911 einer der Söhne Louis Baares, Dr. Wilhelm Baare, unbesoldetes Magistratsmitglied in Bochum, allerdings ohne zuvor Stadtverordneter gewesen zu sein, wie dies oftmals üblich war. Diesem im Vergleich mit Hörde quantitativen Mangel bei der direkten Vertretung durch Unternehmensangehörige in städtischen Gremien steht ein erklärtes Sichbegnügenwollen mit einer begrenzten Anzahl von Unternehmensmitgliedern in der Stadtver-

⁴⁶ Croon, Stadtvertretungen, S. 302.

ordnetenversammlung gegenüber. Daher stellt sich die Frage, ob das „System Baare“ aufgrund sonstiger Einwirkungspraktiken auf ein weiteres Ausschöpfen direkter kommunalpolitischer Einflussmöglichkeiten in der Person von Angestellten verzichten konnte. Es bleibt letztlich die theseartige Feststellung, dass das „System Baare“, anders als man es in Hörde tat, stärker indirekte Formen der Einflussnahme über ein Netzwerk von in der Stadt und ihren Gremien aktiven Verwaltungsratsmitgliedern, Aktionären und Interessenten zu praktizieren suchte. Diese Variante lässt auf ein Gefühl des Vertrauens auf die eigene Stärke sowie die mit der Zeit geschaffenen Strukturen schließen, da das Unternehmen ja ansonsten vermehrt bestrebt gewesen wäre, weitere Unternehmensangehörige in den städtischen Gremien unterzubringen bzw. die eigene Macht offensichtlicher zu demonstrieren. Man kann also in Bochum subtilere Formen der Interessenwahrung und Einflussnahme auf die städtischen Verhältnisse durch das dominierende Unternehmen unterstellen als vergleichsweise in Hörde. Auf der anderen Seite fand das Unternehmen wohl auch Strukturen vor bzw. hatte es sich solche geschaffen, die sich den Interessen des bedeutendsten Wirtschaftsfaktors nicht (mehr) in den Weg stellten. Für Bochum könnte als Beispiel hierfür die Rolle der im Vergleich mit anderen Ruhrgebietsstädten gegen Ende des 19. Jahrhunderts schwachen Oberbürgermeisterpersönlichkeiten angeführt werden, die sich um die Vereinbarung von kommunalen und Unternehmensinteressen bemühten.⁴⁷

Darüber hinaus vertritt Croon die These vom Vorhandensein einer Hüttenpartei in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus Vertretern der Schwerindustrie.⁴⁸ Es stellt sich die Frage, ob eine solche Partei, bestehend aus Vertretern verschiedener montanindustrieller Unternehmen, unter denen die des BV gewiss am zahlreichsten waren, sich auch stets einheitlich verhalten und präsentieren konnte. Man wird mit Bestimmtheit annehmen können, dass unterschiedliche Unternehmen, auch wenn sie einer Branche zuzurechnen waren, schon aufgrund ihrer verschiedenen Dispositionen in manchen Fragen divergierende Interessen verfolgten, so dass es innerhalb der Partei schließlich zu gegensätzlichen Auffassungen kommen musste. Deshalb wäre zu überprüfen, ob es abgesehen von den „gussstählernen“ noch andere homogene Einheiten innerhalb des Gremiums gab, die im Abstimmungsfall Konformität aufwiesen. Diese Frage lässt sich allerdings letztlich nur durch die Untersuchung des jeweiligen Entscheidungs- und Abstimmungsverhaltens in der Stadtverordnetenversammlung beantworten. Ebenso unsicher ist, ob BV-Interessenten und Aktionäre generell für die Position des Unternehmens stimmten, zumal sie bestimmt auch andere, für sie selbst wichtigere, vom BV unabhängige Interessen verfolgten. Eine Klärung ließe sich nur über die erwähnte Untersuchung des Abstimmungsverhaltens erreichen, die jedoch einen weiteren, hier nicht darstellbaren Schritt bilden müsste, um über die thematisierte Gremienbesetzung hinaus die Einflussnahme von Unternehmen auf die Kommunalpolitik analysieren zu können.

⁴⁷ Siehe z.B. Rheinisch-Westfälisches Tagblatt vom 12.6.1891.

⁴⁸ Vgl. Croon, Stadtvertretungen, S. 297. Goon, Bürgertum und Verwaltung, S. 34. Der Begriff der Hüttenpartei stammt nicht aus den Quellen, sondern scheint ein von Croon konstruierter zu sein. Auch Dorn, Bochumer Stadtverordnete, verwendet ihn nicht.